

Cordula Stucke (Hamburg)

Kampf um Gleichberechtigung: Bilanz und Perspektiven

Die vierte Weltfrauenkonferenz, die im September 1995 in Peking stattfand, hatte zwei Ziele: Bilanz zu ziehen und einen auf die dringendsten Probleme, die der Frauenförderung im Weg stehen, bezogenen Aktionsplan zu verabschieden, und dies in einer Zeit, die weltweit von einer ideologischen und materiellen Offensive gegen Positionen, die Frauen in den vergangenen 20 Jahren erkämpft haben, geprägt ist.

Welche Bilanz läßt sich für die Frauenbewegung Brasiliens ziehen? Was sind die größten Erfolge, welches die dringendsten Probleme? Schlaglichtartig möchte ich hierzu einige — eher programmatische — Thesen vortragen:

1 Zunächst die Erfolge: Die Frauenbewegung Brasiliens hat in den letzten zwanzig Jahren in politischer Hinsicht vieles erreicht:

1.1 Die Teilhabe von Frauen an Entscheidungspositionen in der Politik ist deutlich vorangekommen. Frauen sind in der nationalen Abgeordneten- sowie Senatorenkammer, auf kommunaler und Landesebene in Parlamenten und Regierungen sowie Parteien in erheblich größerem Maße vertreten. Die Frauen haben die Redemokratisierung Brasiliens für sich genutzt. Ohne ihre vermehrte Partizipation wäre eine Demokratisierung allerdings auch gar nicht möglich.

Auf kommunaler Ebene wurden 1994 z. B. 171 von 5000 Gemeinden von Frauen geleitet, d. h. zwar insgesamt nur 3,4 %, aber dreimal mehr als noch 1981. Das ist natürlich weit entfernt von Gleichberechtigung, markiert aber einen relativen Fortschritt. Auch ist auf deutliche regionale Unterschiede hinzuweisen.

Im Vergleich zu früher gibt es nicht nur quantitativen, sondern auch qualitativen Fortschritt: In den politischen Entscheidungspositionen in Legislative und Exekutive sind jetzt auch Frauen der feministischen und der Volksbewegungen

vertreten, Gewerkschafterinnen sowie erstmals auch schwarze Frauen, die ihre Verwurzelung in den sozialen Bewegungen in die Politik einbringen.

Allerdings entspricht die Repräsentanz von Frauen in politischen Entscheidungspositionen in keiner Weise ihrer führenden Rolle in den Basisbewegungen.

Einen großen Fortschritt stellen deshalb Quotenregelungen dar. Der PT beschloß als erste Organisation in Brasilien eine 30 %-Frauenquote für seine Leitungsgremien. Der Gewerkschaftsverband CUT folgte mit einem ähnlichen Beschluß.

1.2 Geschlechtsspezifische Themen sind heute — anders als vor zwanzig Jahren — ein Gegenstand breiter öffentlicher Auseinandersetzung. Es wird öffentlich in den Medien, in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen über Abtreibung, die Notwendigkeit ihrer Entkriminalisierung und Legalisierung, über Gewalt gegen Frauen, Empfängnisverhütung, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und anderes mehr diskutiert. Auch wenn dies nicht mit frauenpolitischer Öffentlichkeit gleichbedeutend ist, markiert es einen gesellschaftlichen Fortschritt.

1.3 In der Verfassung von 1988 konnten zahlreiche Rechtsnormen und Bestimmungen verankert werden, welche die Gleichstellung von Frauen verbessern (sollen) und als vergleichsweise progressiv anzusehen sind. Dazu zählen im wesentlichen:

- im Abschnitt I (Rechte und grundlegende Garantien), Art. 50, die Gleichheit vor dem Gesetz und die verfassungsmäßige Gleichstellung von Mann und Frau mit gleichen Rechten und Pflichten;
- im Abschnitt II (Soziale Rechte) Rechtspositionen, die den Mechanismen der Diskriminierung von Frauen im Erwerbsleben entgegenwirken sollen:
 - Schutz des Frauenarbeitsmarkts durch im einzelnen zu bestimmende gesetzliche Maßnahmen;

- Recht auf Kindergartenplatz bzw. kostenlose Betreuung von Kindern von Geburt an bis zum Alter von sechs Jahren;
- Vaterschaftsurlaub nach gesetzlicher Regelung;
- Verbot der Ungleichheit von Entlohnung, Funktionsausübung sowie Einstellungsbedingungen aufgrund von Geschlecht, Alter oder Familienstand sowie Rechtspositionen, die konkrete arbeits- und sozialrechtliche Absicherungen für Frauen festlegen;
- Mutterschaftsurlaub mit vollem Lohnausgleich von 120 Tagen;
- Recht für Hausangestellte auf gesetzlichen Mindestlohn, auf einen bezahlten wöchentlichen Ruhetag sowie Jahresurlaub und Mutterschaftsurlaub und auf Rente;
- Recht auf Sozialversicherung für Hausfrauen;
- im Abschnitt VII (Soziale Ordnung) die Anerkennung von Frau und Mann als gleichberechtigter Familienvorstand; die Anerkennung der nichtehelichen Familiengemeinschaft als Familie, die staatlichen Schutz genießt.

Es soll hier nicht näher auf das Verhältnis von Verfassungsnorm und Verfassungsrealität eingegangen werden. Lediglich eine Anmerkung dazu sei angebracht: Aufgrund der Tatsache, daß es in Brasilien üblich ist, Gesetze zu umgehen oder nicht einzuhalten, ohne daß dies strafrechtlich verfolgt wird, bedarf es ständiger gesellschaftlicher Mobilisierung (und das heißt hier, der Frauenbewegung und der Gewerkschaftsbewegung), um die Realisierung der erlangten Positionen einzufordern.

1.4 Die Frauenprojekte und Frauenorganisationen (Frauenorganisationen im Stadtteil, Frauenkommissionen in Gewerkschaften, Frauenprojekte in unterschiedlichsten Bereichen wie z. B. Gesundheit, Bildung, Gewalt und anderes mehr) haben sich erweitert, konsolidiert und institutionalisiert.

Vorangekommen ist auch die Institutionalisierung von Frauenpolitik. Es wurden Frauensekretariate auf kommunaler Landes- und Bundesebene eingerichtet, die Gleichstellungs-

politik verfolgen und Frauenprojekte fördern. Forderungen wie z. B. die nach Einrichtungen der Polizeikommissariate für Frauen (*Delegacias especiais de atendimento a mulher*) wurden umgesetzt. Bundesweit gibt es inzwischen 182 derartige *delegacias*, die dazu beitragen, das Problem der familiären — sexuellen — Gewalt auch in amtlichen Statistiken offenkundig werden zu lassen. (Nach offiziellen Angaben werden in Brasilien jährlich eine halbe Million Frauen Opfer physischer männlicher Gewalt.)

Allerdings ist festzustellen, daß diese Einrichtungen zum Teil im Rahmen von Regierungswechseln oder Einsparungen öffentlicher Dienstleistungen auch wieder lahmgelegt oder abgeschafft wurden.

2 Welches sind nun die größten Probleme, mit denen sich die Frauenbewegung Brasiliens konfrontiert sieht? Ich möchte hier kurz zwei Aspekte anführen:

2.1 Einkommenssicherung und Beschäftigung: Die ökonomische und soziale Situation von Frauen hat sich keineswegs gebessert. Die große soziale Ungleichheit, Verarmung und Marginalisierung hat im letzten Jahrzehnt zugenommen. Betroffen sind davon in erster Linie Frauen, die unter diesen Bedingungen auch noch die gesellschaftliche Reproduktionsarbeit leisten. Nach Angaben der Weltbank sind 30 % der Haushaltsvorstände in Brasilien alleinerziehend (weiblich).

Frauen erleben nach wie vor starke Diskriminierungen am Arbeitsmarkt, im Zugang zu Beschäftigung (Alter, Hautfarbe, Familienstand, Aussehen) und in der Bezahlung (Frauen verdienen 50 % der Löhne und Gehälter der Männer; schwarze Frauen erhalten die Hälfte der Löhne weißer Frauen). Es fehlt an Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Frauen werden auf informelle Beschäftigung (in der Regel Dienstleistungen, aber auch Landwirtschaft und produktiver Bereich) abgedrängt. Dies wird angesichts der ökonomischen Entwicklung (Rezession, Rationalisierungsstrategien der Unternehmen) verstärkt zunehmen, ebenso wie dabei die

Diskriminierungsmechanismen zu Lasten von Frauen stärker greifen werden, wenn dem nicht entgegengewirkt wird.

2.2 Frauenförderung und Abbau staatlicher Leistungen: Gleichstellungspolitik beinhaltet immer eine Kompensation von gesellschaftlicher Diskriminierung und Benachteiligung von Frauen durch staatliche Förderung (z. B. Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Einkommenssicherungs- und Beschäftigungsprogrammen, Programmen zur Verbesserung gesundheitlicher Versorgung etc.). Dies unter Bedingungen von staatlicher Strukturanpassung und Haushaltskonsolidierung durch Abbau staatlicher Leistungen nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern erheblich auszuweiten, dürfte in Zukunft eine der entscheidenden Herausforderungen für die Frauenbewegung sein.

3 In der Diskussion vorstehender Ausführungen im Rahmen des Kolloquiums wurde auf folgende Fragen eingegangen:

3.1 Der Frauenanteil ist bei den im Bundesparlament vertretenen Parteien sehr unterschiedlich. Er liegt beim PT am höchsten.

3.2 Der Frauenanteil in den Gewerkschaften variiert entsprechend den jeweiligen Branchen bzw. Beschäftigungsbereichen. (Er liegt z. B. bei den Textilgewerkschaften oder den Lehrgewerkschaften sehr hoch, bei den Metallgewerkschaften ist er weniger hoch.) Insgesamt hat es aber sowohl eine Zunahme des Frauenanteils unter den Gewerkschaftsmitgliedern wie bei den Gewerkschaftsführungen — die Textil- sowie die Chemiegewerkschaft São Paulos werden z. B. von Frauen geführt — gegeben.

4 Die Situation von Frauen in Brasilien ist nicht angemessen beschrieben, wenn die sehr großen Klassenunterschiede nicht deutlich gemacht werden: Die Frauen der Mittelschichten profitieren von dem Fortbestehen einer segmentierten Gesellschaft, die (in Fortsetzung der Tradition der Sklavenhaltergesellschaft) die Lasten der Haushaltsführung und Kindererziehung auf die — schwarzen — Frauen der Unterschichten verlegt. Die billige Arbeitskraft der Hausangestellten ermöglicht es den

Frauen der Mittelschicht, sich (in Kompensation des Mangels an staatlicher Unterstützung) die erforderlichen Freiräume für ihre berufliche und gesellschaftliche Entfaltung zu erschwinglichen Preisen auf dem «freien» Markt zu organisieren (der Lohn für eine Hausangestellte, die putzt, kocht, wäscht, die Kinder hütet etc., ist niedriger als der Preis für ein monatliches Kontingent von Windeln für ein Kleinkind).